

In dieser Ausgabe:

- ❖ **BUCHAREST MESSAGE FOR FREE EDUCATION**
 - ❖ **EU:** AUSBILDUNGSPROGNOSE BIS 2020
- ❖ **DEUTSCHLAND:** PROJEKT ZUR INTEGRATION AUSLÄNDISCHER STUDIERENDER
 - ❖ **FINNLAND:** RADIKALE HOCHSCHULREFORM
 - ❖ **FINNLAND:** STUDIENFÖRDERUNG MIT HAKEN
- ❖ **GRIECHENLAND:** PRÄSIDENT RÜGT DIE REGIERUNG
- ❖ **IRLAND:** SCHLECHTE CHANCEN FÜR ABSOLVENTEN
- ❖ ITALIENISCH-LYBISCHE HOCHSCHULPARTNERSCHAFT
 - ❖ **ITALIEN:** NEUES ZUR 1000-EURO GENERATION
 - ❖ **ITALIEN:** UNIVERSITÄT ERÖFFNET YOUTUBE-KANAL
- ❖ **ÖSTERREICH:** SANFTE REGULIERUNG DES HOCHSCHULZUGANGS
 - ❖ **SCHWEDEN:** MEHR AUSLÄNDISCHE DOKTORANDEN
 - ❖ **SPANIEN:** FLEXIBILISIERT DIE FORSCHERLAUFBAHN
 - ❖ **TÜRKEI:** KURDISCHES INSTITUT GEGRÜNDET
 - ❖ **IRAN:** STUDENTEN VON ZIVILBEAMTEN GETÖTET



EMPLOYABILITY UM JEDEN PREIS?

*Editorial von Bernhard Krall **

Der immer lauter werdende Ruf nach „Beschäftigungsfähigkeit“ von Hochschulabsolventen, „employability“ im Fachjargon, hat nun doch seinen Niederschlag im Bologna-Communiqué gefunden. Die Vertreter von Universitäten liefen im Vorfeld der Konferenz in Löwen Sturm gegen den Passus. Ohne Erfolg. Zu groß ist der Druck der Wirtschaft, zu gering der Rückhalt in der Politik. Gerade in Zeiten der Krise. Doch es ist gerade dieser Passus, der eine tiefgehende Strukturkrise offenbart.

Viel ist nicht mehr übrig vom Humboldtschen Ideal. Zu groß sind die Universitäten geworden. Zu weit klaffen Ideal und Realität auseinander. Jene, die an die Universitäten kommen, tun dies meist nicht der Wissenschaft wegen, sondern um die für ihren Wunschberuf nötigen Kenntnisse zu erwerben. Möglichst schnell und effektiv soll das gehen. Wo es nur geht, werden für die berufliche Praxis weniger relevante Fächer von Studierenden umgangen, ausgelassen. Soll dies die Zukunft der Universitäten sein?

Es ist an der Zeit, über die gegenwärtige Struktur der Hochschulbildung nachzudenken. Welche sind die Aufgaben einer Universität, welche die einer Fachhochschule? Ist es sinnvoll, das Profil der Universitäten immer noch weiter zu verwässern? Die Grenze zwischen Universitäten und Fachhochschulen schwimmt zusehends. Den Universitäten wird mit der „employability“ eine zusätzliche Aufgabe auferlegt. Eine, für die sie nicht geschaffen sind. Dabei brauchen die Hochschulen vor allem eines: klare Aufgaben, die sie mit ihrem Know-how in angemessener Qualität erbringen können.

Die Politik und die Hochschulen sind aufgerufen, diese Probleme anzugehen. Ein Patentrezept gibt es keines. Eines ist aber klar: Das strukturelle Problem mit kosmetischem Make-up zu verdecken ist langfristig sicherlich keine Lösung.

** Bernhard Krall ist Referent für Internationale Angelegenheiten der ÖH, der landesweiten Studierendenvertretung in Österreich. Er studiert Jura und Politikwissenschaft in Wien.*

BUCHAREST MESSAGE FOR FREE EDUCATION



Dass die Hochschulen der Zukunft akademische Freiheit und institutionelle Unabhängigkeit genießen, dass gleiche Zugangsbedingungen für alle Gesellschaftsschichten gelten und Lehre und Forschung auf höchstem Niveau stattfinden, sind in der zweiten Dekade des

Bolognaprozesses keine neuen Ziele mehr. Doch nur die UNESCO verbindet sie so vehement mit der Kritik an der rücksichtslos profitorientierten Politik, die die gegenwärtige Wirtschaftskrise verursacht hat.

Regierungsdelegierte, Hochschulvertreter und Mitglieder internationaler NGOs erklärten auf einem Forum der UNESCO, das am 24. Mai in Bukarest zu Ende ging, ihre Absicht, die höhere Bildung als Menschenrecht anzuerkennen und sich für ethische Werte in Politik und Lehre einzusetzen.

Konkrete Schritte in diese Richtung sollen ethische Komitees an Hochschulen, staatsbürgerliche Werte als integrierte Lernziele und eine internationale Schiedsstelle für Bildungsgerechtigkeit sein. In ihrer abschließenden „Bukarest-Botschaft“ sprachen sich die Forumsteilnehmer für den Erhalt nicht-kommerzialisierbarer Wissenschaften und den fairen internationalen Austausch des Wissens aus. Weltweite „Wissenszirkulation“, heißt es in dem Dokument, „sollte die Norm für die internationale Zusammenarbeit, besonders mit Schwarzafrika, werden um ‚akademischen Protektionismus‘ und ‚brain drain‘ zu vermeiden.“ [1353]

„Bucharest Message“, UNESCO Forum on Higher Education, 21.-24.05.2009 (auf Englisch) |

Termin: UNESCO World Conference on Higher Education, 5.-8.07.2009 in Paris

EU ERSTELLT EINE AUSBILDUNGSPROGNOSE BIS 2020

Die EU-Agentur CEDEFOP, kurz etwa Zentrum für Ausbildungsentwicklung, hat ihre erste Prognose über die „Künftige Versorgung mit Fertigkeiten in Europa: mittelfristige Vorschau bis 2020“ vorgestellt.

Die Prognose beruht auf Bevölkerungs- und Beschäftigungsstatistiken aus den einzelnen europäischen Ländern und stellt zunächst fest, dass das Qualifizierungsniveau in ganz Europa stetig steigt, besonders unter jungen Leuten und Frauen.

CEDEFOP, die für die EU ausbildungspolitische Entscheidungen vorbereitet, wird nun die einzelnen Länderprognosen zu einer gesamteuropäischen zusammenfassen. Diese Zusammenfassung, die ab sofort alle zwei Jahre erscheint, soll es ermöglichen, Missverhältnisse zwischen den erworbenen Kenntnissen und Fertigkeiten und dem Bedarf des Arbeitsmarktes aufzudecken und bildungs- und beschäftigungspolitische Maßnahmen zu ergreifen. [856]

[EU-Pressemitteilung](#) mit Download der Studie und weiterem Material, 09.06.2009

DEUTSCHES PROJEKT ZUR INTEGRATION AUSLÄNDISCHER STUDIERENDER

Deutschland ist zahlenmäßig eines der zehn beliebtesten Zielländern für ein Auslandsstudium in der EU. Aber warum bricht dann jeder zweite ausländische Student sein Studium vorzeitig ab?

Dem DAAD zufolge haben viele der 250.000 Ausländer, die in Deutschland studieren, Schwierigkeiten, sich zu integrieren, fühlen sich einsam und wünschen sich mehr Kontakt zu ihren Kommilitonen und Professoren.

Deshalb hat der DAAD das Programm „PROFIN“ ins Leben gerufen. Der akademische Austauschdienst unterstützt damit landesweit 46 Projekte, die beispielhaft zur Integration beitragen. Diese Projekte beginnen an der Basis, Ausländern den Anschluss zu erleichtern, sie kümmern sich um die Unterrichtssituation, um Sprachhemmnisse, untersuchen die Gruppendynamik oder versuchen, die Beratung zu verbessern. [796]

Das PROFIN-Projekt, [DAAD-MAGAZIN](#), 22.06.2009

RADIKALE FINNISCHE HOCHSCHULREFORM

Finnlands Parlament hat das lang umstrittene Gesetz zur Universitätsreform angenommen. Die neue Regelung sieht vor, dass Hochschulleitungen mit Personen von außerhalb der Universität besetzt werden können; der Rektor wird durch dieses Gremium bestimmt und nicht mehr durch Wahl des akademischen Senats. Desweiteren werden die Universitäten unabhängig wirtschaftende Rechtspersonen (deren Personal keine Beamten mehr sind) und zu drei Vierteln Eigentümer der Hochschulgebäude.

Der Streit über die nicht verfassungsgemäße Zusammensetzung des Leitungsgremiums aus universitätsfremden Personen wurde beigelegt, indem ihr Stimmanteil auf 40 % begrenzt wurde. Wenngleich Finnlands Hochschulen weiterhin zu 90 % aus staatlichen Mitteln finanziert werden, hofft Bildungsministerin Henna Virkkunen, dass sie mit mehr Autonomie auch mehr Effizienz und höhere Erträge erzielen werden; sie rechnet insbesondere mit Einnahmen aus Vermietung, aus Forschungsverträgen und aus Gebühren für internationale Studenten. [999]



Henna Maria Virkkunen (geb. 1972),
Finnlands Ministerin für Bildung und
Wissenschaft seit Dez. 2008

FINNLAND: STUDIENFÖRDERUNG MIT HAKEN

Finnland ist mit seiner Studienförderung Weltspitze in zweierlei Hinsicht: es hat eine Abschlussquote von 90 % – aber auch die ältesten Absolventen im OECD-Raum, ein Drittel sind älter als 26 Jahre.

Die letzte Eurostudent-Studie zeigt, dass das finnische Fördersystem dazu beiträgt, die Studiendauer zu verlängern und so den Wettbewerb um die bestbezahlten Arbeitsplätze nach dem Studium zu verschärfen. Hauptursache ist

die Lastenverteilung: nur 40 % der Studienkosten trägt der Staat, 18 % bezahlen die Familien und 42 % die Studenten, wodurch diese gezwungen sind nebenbei zu arbeiten und von ihrem Ersteinkommen die Studiendarlehen abzugelten.

Das gesamte Fördersystem müsste grundlegend reformiert werden, empfiehlt die OECD. Das jährlich geforderte Minimum an Studienkrediten müsste gestrafft und ein einkommensabhängiges Darlehensmodell entwickelt werden. Neben dem bisher allein als berufsqualifizierend anerkannten Masterabschluss sollte der Bachelor für den Arbeitsmarkt emanzipiert werden. [1000]

Eurostudent III – Finnland | OECD Survey of Finland (beide von 2008, auf Englisch)

GRIECHENLANDS PRÄSIDENT RÜGT DIE REGIERUNG

Der griechische Präsident Karolos Papoulias hat bei einem Treffen mit der neuen Führung des Hochschullehrerverbands POSDEP die Versäumnisse der Regierung im tertiären Bildungsbereich scharf kritisiert.

Papoulias hält die Förderung der Universitäten für den einzigen Weg, die staatliche und gesellschaftliche Krise Griechenlands zu überwinden, sieht aber auch „den größten Teil der Verantwortung“ bei den Akademikern selbst.

Für ihn ist Finnland ein Vorbild, das „bei ähnlicher Größe die Krise der frühen 90er Jahre durch die Stärkung der Hochschulen nicht nur überwunden, sondern sie als Nährboden für gesellschaftliche Weiterentwicklung genutzt hat.“

Als die wichtigsten Voraussetzungen dafür nannten die POSDEP-Vertreter: Die Universitäten müssten selbständig wirtschaften können und dafür Rechenschaft ablegen, dafür müssten sie aber weitaus besser finanziert werden. [871]

SCHLECHTE CHANCEN FÜR IRISCHE ABSOLVENTEN



Zwei von fünf der 56.000 jungen Iren, die diesen Sommer mit einem Abschluss in der Tasche die Alma Mater verlassen, werden auf dem Absatz kehrt machen und eine Anschlussausbildung beginnen. Sie meiden damit eine Arbeitsmarktmisere, wie sie das Land lange nicht gesehen hat:

12 % oder 400.000 Iren sind arbeitslos, und nach einer Studie der Arbeitsvermittlung für Akademiker AGR hat sich das Jobangebot für sie in diesem Jahr um mehr als 5 % verringert. Ein Drittel der Firmen gab an, dieses Jahr überhaupt keine Absolventen einzustellen, und auch im öffentlichen Dienst gibt es weniger Stellenausschreibungen. Am härtesten sind davon werdende Anwälte, Lehrer, Architekten, Ingenieure und Krankenschwestern betroffen.

En passant enthüllt die AGR auch gravierende Mängel der College- und Universitätsausbildung: Jeder zweite Arbeitgeber moniert Rechtschreibschwächen und Kommunikationsdefizite bei den Absolventen. [893]

Studie: „Graduate Recruitment Survey 2009“, AGR, 11.02.2009 |

Pressemitteilung: „Message of Hope for Class of 2009“, AGR, 30.04.2009 (beide auf Englisch)

ITALIENISCH-LYBISCHE HOCHSCHULPARTNERSCHAFT

Italien und Lybien haben eine strategische Hochschul-, Technik- und Wissenschaftspartnerschaft beschlossen. Sie ist Teil des Freundschaftsvertrages, der bereits im vorigen Herbst ratifiziert und nun, während Muammar Gaddafis historischem Besuch in Italien, verkündet wurde. Durch die Partnerschaft soll die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Meereswirtschaft und Medizin gefördert werden; sie umfasst außerdem Ausbildungs- und Austauschprogramme sowie Vollstipendien für einhundert lybischen Studenten und Doktoranden.

Lybien plant indes, 9 Mrd. Dollar (6,5 Mrd. Euro) in eine Hochschulreform zu investieren, die den Technik- und Wissensfluss ins Land verstärken soll. Damit soll auch dem Brain Drain Einhalt geboten werden, durch den Afrika nach Schätzungen der UNO ein jährlicher Schaden von 3 Mrd. Euro entsteht. [851]

Der Freundschaftsvertrag im Wortlaut, [LA REPUBBLICA](#), 23.10.2008 (auf Italienisch) | „Italy-Lybia: A new strategic partnership“, [UNIVERSITY WORLD NEWS](#), 21.06.2009 (auf Englisch)

NEUES ZUR 1000-EURO GENERATION ITALIENS



Als 1000-Euro-Generation werden die italienischen Hochschulabsolventen mit Blick auf ihre Einkommensaussichten bespöttelt. Dieses Stereotyp hat der diesjährige Report des

Universitätskonsortiums STELLA über die Arbeitmarktchancen junger Akademiker bestätigt: durchschnittlich 1.165 Euro verdient ein Berufsanfänger mit Studium in Italien. Dem Report zufolge finden drei von vier Masterabsolventen innerhalb eines Jahres eine Anstellung, 63 % von ihnen mit einem festen Vertrag, etwa die Hälfte befristet. Die durchschnittliche Dauer der Jobsuche bis zum Berufseintritt hat sich von fünf auf 4,5 Monate verringert. Die Beschäftigung von Männern und Frauen hält sich die Waage, auch wenn Männer um wenige Prozentpunkte (2,8 %) häufiger eingestellt werden. Gleich hoch ist die Bereitschaft zur Mobilität geblieben: 43 % der Befragten ist bereit, den Wohnort zu wechseln, auch ins Ausland. [861]

Beschäftigungslage der Absolventen, [STELLA](#), 16.09.2009 (auf Italienisch)

ITALIEN: UNIVERSITÄT ERÖFFNET YOUTUBE-KANAL

Die mailändische Universität Bocconi für Management, Wirtschaft und Recht hat als erste Universität in Italien einen YouTube-Kanal eröffnet. Der Kanal, ganz auf Englisch und mit einem Begrüßungsvideo von Rektor Guido Tabellini, soll hauptsächlich ausländische Studenten erreichen und das Image der Bocconi als internationale Universität fördern.



Vier Programme werden geboten: „Courses“ zeigt einen Auszug der besten Vorlesungen; in „Events“ kann man Tagungen verfolgen; „Campus“ erzählt vom Universitätsleben; in „Interviews“ werden Dozenten und andere zu aktuellen Themen befragt.

Die multimediale Präsenz der renomierten Businessschool ist damit um ein Element reicher: Die Bocconi betreibt bereits einen Webradio- und TV-Kanal, eine Webcommunity und ist per Skype erreichbar. [779]

www.youtube.com/unibocconi

REGULIERUNG DES HOCHSCHULZUGANGS IN ÖSTERREICH

Eine Novelle zum österreichischen Universitätsgesetz reformiert den Hochschulzugang: Sie enthält eine „Studieneingangsphase“ für alle Fächer und qualitative Zugangsbeschränkungen für Master- und PhD-Studien.

Ab 2010 müssen alle Studienanfänger eine mehrere Semester dauernde Einführungsphase positiv absolvieren, um ihr Studium fortsetzen zu können. Der Vorsitzende der Rektorenkonferenz (Uniko) Christoph Badelt begrüßt die Änderungen, steigende Kapazitätsprobleme in stark frequentierten Fächern wie Publizistik und Medizin sieht er aber dadurch noch nicht gelöst.

Die Landesvertretung der Studierenden (ÖH) warnt, dass die Eingangsphase angesichts stetig steigender Studentenzahlen zum „Ausgieben und Rausprüfen der Studierenden“ missbraucht werden könnte. Die ÖH fordert zudem, dass der Zugang zum Master nicht von den Noten und der Dauer des Bachelors abhängig gemacht werden dürfe, sondern prinzipiell jedem offen stehen muss. [932]

[Pressemitteilung](#) des Ministeriums, 09.06.2009 | [ÖH-Kritik](#), 17.06.2009

SCHWEDEN: MEHR AUSLÄNDISCHE DOKTORANDEN

Schweden glänzt in jüngsten Statistiken mit hohen Anteilen ausländischer PhDs. 2007 waren von 17.000 der werdenden Forscher 3250 Ausländer, ihr Anteil hat sich in zehn Jahren fast verdoppelt. Zudem haben fast die Hälfte (44 %) der ausländischen PhD-Studenten Schweden für weitere fünf Jahre nach ihrem Abschluss zu ihrer Wahlheimat erkoren.

Die Investition in internationale Master-Programme scheint zu fruchten, freut sich Anders Flodström, der Leiter der Nationalen Hochschulagentur Högskoleverket: „Die, die bleiben, sind ein Gewinn für unseren Arbeitsmarkt, die anderen für unsere internationalen Netzwerke.“

Die Kehrseite des Zahlenspiels ist, dass es den Universitäten immer schwerer fällt, die eigenen Studenten zum Doktorat zu bewegen. Schweden können nicht von denselben Vergünstigungen profitieren und müssen gleichzeitig als Assistenten an ihrer Fakultät arbeiten. Das führt auch dazu, dass nur ein Drittel von ihnen ihren PhD in der Regelstudienzeit absolvieren. [973]

[Report](#) zu ausländischen Doktoranden, Högskoleverket, Juni 2009 (auf Schwedisch)

SPANIEN FLEXIBILISIERT DIE FORSCHERLAUFBAHN

Die spanische Regierung arbeitet an einer Reform der Wissenschaftlerlaufbahn. Das jetzige Gesetz ist über 20 Jahre alt, es basiert wie in Italien auf dem napoleonischen Modell, wonach die überwiegende Mehrheit der Forscher als Beamte an den Universitäten arbeiten.

Das zur Zeit heiß diskutierte Modell visiert regulierbare, dynamische

Forscherkarrieren nach angelsächsischem Vorbild an, das Leistung prämiert und die internationale Mobilität fördert. Eine zwölfjährige Laufbahn – vier Jahre Praktikum, drei Jahre befristete Beschäftigung plus weitere fünf Jahre „Evaluationsphase“ – soll einer Festanstellung vorausgehen. Dies beträfe die rund 20.000 in öffentlichen Forschungszentren Angestellten; da für das Gros, die 100.000 verbeamteten Hochschulwissenschaftler, solche Verträge illegal wären, soll für sie statt dessen ein fünfjähriger „Evaluationsfilter“ eingeführt werden. [878]

TÜRKEI: KURDISCHES INSTITUT GEGRÜNDET



Die Artuklu-Universität wird nächstes Jahr ein Institut für kurdische Sprache und Literatur eröffnen. Das Institut der Universität in der türkischen Grenzstadt Mardin im Südosten des Landes wird mit Partnerfakultäten aus Dahuk und Kirkuk in der Kurdischen Region im Nordirak zusammenarbeiten, die Dozenten senden und ihrerseits Türkisch unterrichten wollen.

Zur Zeit entsteht an der erst 2007 gegründeten Artuklu-Universität auch ein Lehrstuhl für Syrisch, die Sprache der christlichen Minderheit in Syrien. Angebote in Aramäisch, Farsi und Hebräisch sollen folgen. Die einzige andere Hochschule mit einer vergleichbaren Einrichtung ist die Oxford.

Die Gründung des kurdischen Instituts gehört, wie der Start eines kurdischen Fernsehkanals im türkischen Staatsfernsehen Ende letzten Jahres, zu verschiedenen Bemühungen der türkischen Regierung, den Jahrzehnte alten Konflikt mit den Kurden beizulegen. [900]

IRAN: STUDENTEN VON ZIVILBEAMTEN GETÖTET

Mindestens zwölf Menschen sollen infolge von Zusammenstößen mit iranischen Polizeikräften nach Mahmud Ahmadinedschads umstrittener Wiederwahl gestorben sein. Darunter befanden sich sieben Studenten, die bei nächtlichen Überfällen ziviler Milizen auf ihre Wohnheime in Teheran und Schiraz getötet wurden. Hunderte Studenten wurden verletzt, einige schwer.

Tahkim Wahat, die größte Studentenorganisation im Iran, berichtet: „Bei dem bisher brutalsten Angriff ... haben Zivilbeamte mit Schusswaffen die Teheraner Universität gestürmt ... alles demoliert und einiges in Brand gesteckt.“

An den Tagen darauf fanden Sitzdemonstrationen auf dem Campus und in der Campusmoschee statt, bei denen der von der Regierung eingesetzte Rektor ausgebuht wurde. 120 Professoren kündigten aus Protest gegen die Gewalt ihre Stellungen und haben sich den protestierenden Studenten angeschlossen. [879]